

102.25 - 01 - 2013
778 - 01 - 01
790.00 - 03

15.01.2013

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.2)

Herr Senator Horch trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2013/19, betreffend

Bau und Finanzierung der Verlängerung der U-Bahn-Linie 4 bis zu
den Elbbrücken Haushaltsplan 2013/2014, Epl. 6 - Änderung des
Wirtschaftsplans "Sondervermögen Stadt und Hafen",

vor, gibt eine Änderung in der Senatsmitteilung zur Niederschrift und weist darauf hin,
dass die Senatsdrucksache noch einer redaktionellen Überarbeitung bedarf.

Der Senat nimmt Kenntnis und fasst folgenden Beschluss:

1. Der Senat beschließt die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft mit der zur Niederschrift gegebenen Änderung.
2. Die Senatskanzlei wird ermächtigt, die Senatsdrucksache redaktionell zu überarbeiten.
3. Der Präsident des Senats wird ermächtigt, bei der Präsidentin der Bürgerschaft die Vorwegüberweisung der Senatsmitteilung an den zuständigen Ausschuss zu beantragen.

Gr. Verteiler



Senatskanzlei

Für die Richtigkeit

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Hitpaß'.
Annette Hitpaß

Berichterstattung:
Senator Horch
Senatorin Blankau
Staatsrat Rieckhof
Staatsrat Sachs

TOP I. 2
Büro

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2013/00019
vom: 28.12.2012

Geschäftsstelle des Senats
Eing.: 04. JAN. 2013

Bau und Finanzierung der Verlängerung der U-Bahn-Linie 4 bis zu den Elbbrücken
Haushaltsplan 2013/2014, Epl. 6 – Änderung des Wirtschaftsplans „Sondervermögen Stadt und Hafen“

Petition (Seite 4)

Der Senat wird gebeten,

1. die folgende Mitteilung an die Bürgerschaft zu beschließen,
2. den Präsidenten des Senats zu ermächtigen, bei der Präsidentin der Bürgerschaft die Vorwegüberweisung an den zuständigen bürgerschaftlichen Ausschuss zu beantragen.

A. Zielsetzung

Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs durch Verlängerung der U-Bahnlinie 4 in die östliche HafenCity bis zu den Elbbrücken.

B. Lösung

1. Einholen einer Zustimmung von Senat und Bürgerschaft zur Verlängerung der U-Bahnlinie 4 in die östliche HafenCity bis zu den Elbbrücken;
2. Änderung des Wirtschaftsplanes 2013 / 2014 des Sondervermögens „Stadt und Hafen“ zur Finanzierung gemäß Anlage 1.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

1. Die Finanzierung des Zuschusses für den Anteil der Gesamtbaukosten in Höhe von 136 Mio. Euro bei der Hamburger HOCHBAHN soll durch das Sondervermögen „Stadt und Hafen“ erfolgen. Beim Bund wurde bereits die Aufnahme der Maßnahme in das GVFG-Bundesprogramm (nach Kategorie C) beantragt. Bundesmittel würden den von Hamburg zu erbringenden Mitteleinsatz entsprechend reduzieren.

2. Folgekosten:

Die Finanzierung führt zu einem laufenden Zinsaufwand, der das Ergebnis des Sondervermögens belastet.

Kosten für Instandhaltung und Betrieb des Verkehrsweges werden aufgrund des Verkehrswegevertrages durch die HOCHBAHN getragen. Soweit Aufwendungen höher als Einnahmen ausfallen und damit das Unternehmensergebnis belasten sollten, sind diese im Rahmen des Ergebnisausgleiches nach dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag durch die HGV auszugleichen. Durch diesen Ergebnisausgleich ergibt sich buchhalterisch für die HOCHBAHN ein Ergebnis von Null und somit keine Auswirkung auf die Bilanz der HOCHBAHN.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Mit dieser Drucksache wird die Ermächtigung zur Bewilligung eines Investitionszuschusses an die HOCHBAHN in Höhe von insgesamt 136 Mio. Euro beantragt. Die erforderlichen Änderungen des Wirtschaftsplans 2013/2014 des Sondervermögens „Stadt und Hafen“ sind in der als Anlage 1 zur Mitteilung an die Bürgerschaft beigefügten Neufassung kenntlich gemacht.

Der beabsichtigte Investitionszuschuss in Höhe von insgesamt 136 Mio. Euro an die HOCHBAHN ist als immaterieller Vermögensgegenstand vom Sondervermögen zu aktivieren und über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes abzuschreiben. Das Eigenkapital des Sondervermögens wird durch die jährlichen Abschreibungsraten verringert.

Der Bau der Verlängerung der U4 wird bei der HOCHBAHN zu 100% durch Zuschüsse finanziert. Für die Bilanz darf eine Aktivierung nur in Höhe der Herstellkosten erfolgen, in diesem Fall für die HOCHBAHN also in der Höhe Null. Insofern sind mit der Investition keine Bilanzwirkungen verbunden.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Auswirkungen auf:

☐ Familienpolitik

☒ Klimaschutz

Mit der Verlängerung der U4 in die östliche HafenCity bis zu den Elbbrücken soll durch die Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln eine Entlastung von Hamburgs Straßen und damit eine Reduktion von verkehrsbedingten Schadstoffemissionen erreicht werden. Durch die hohe Nutzungsdichte in der HafenCity und die damit einhergehenden verkehrlichen Bedarfe ergeben sich insgesamt große Reduktionspotentiale. Die städtebaulichen, nutzungsbezogenen und verkehrsplanerischen Rahmenbedingungen, welche im Rahmen der Fortschreibung des Masterplans HafenCity für die östliche HafenCity (Drucksache 20/2563) dargestellt wurden, lassen einen hohen Anteil beim ÖPNV erwarten. Die Abschätzung zeigte, dass allein auf dem verlängerten Abschnitt mit etwa 18.000 Fahrgästen pro Tag zu rechnen ist.

☐ Bürokratieabbau

☒ Inklusion

Der Ausbau erfolgt barrierefrei.

☐ Gleichstellung

G. Alternativen

Verzicht auf die Verlängerung der U4, jedoch ist diese aus verkehrspolitischen, erschließungstechnischen und wirtschaftlichen Gründen für die mit der Fortschreibung des Masterplans HafenCity für die östliche HafenCity (Drucksache 20/2563) beschlossene städtebauliche Zielsetzung unverzichtbar und im Arbeitsprogramm des Senats enthalten.

H. Anlagen